

Satzung über das besondere Vorkaufsrecht der Stadt Oberursel (Taunus) für den nordöstlichen Stadteingang von Oberursel beiderseits der Homburger Landstraße gemäß § 25 Abs. 1 Nr. 1. und Nr. 2. Baugesetzbuch (BauGB)

Aufgrund des § 25 Abs. 1 Nr. 1. und Nr. 2. Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung vom 27.08.1997 (BGBl. I S. 2141), zuletzt geändert durch Begleitgesetz zum Telekommunikationsgesetz vom 17.12.1997 (BGBl. I 1998 S. 137) hat die Stadtverordnetenversammlung am 27.09.2001 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung wird für den nordöstlichen Stadteingang von Oberursel beiderseits der Homburger Landstraße auf der Grundlage des § 25 Abs. 1 Nr. 1. und Nr. 2. BauGB als gemeindliche Satzung beschlossen, dass an diesen Flächen der Stadt Oberursel (Taunus) ein Vorkaufsrecht an den Grundstücken zusteht.

§ 2

Die genaue Umgrenzung der Flächen, an denen der Stadt Oberursel (Taunus) das Vorkaufsrecht zusteht, ist der als Anlage beigefügten Karte zu entnehmen, die Bestandteil der Satzung ist.

§ 3

Die Satzung tritt mit ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Oberursel (Taunus), den 28.09.2001

Der Magistrat

Gerd Krämer
Bürgermeister

Anlage: Karte mit Umgrenzung der Flächen, an denen der Stadt Oberursel (Taunus) das Vorkaufsrecht an Grundstücken zusteht.

Erläuterung:

Der vorgeschlagene Geltungsbereich der Satzung über das besondere Vorkaufsrecht der Stadt Oberursel ist in der Anlage dargestellt. Er umfasst den nordöstlichen Stadteingang von Oberursel beiderseits der Homburger Landstraße.

Der nordöstliche Bereich beiderseits der Homburger Landstraße prägt den Stadteingang aus Richtung Bad Homburg. Er ist gekennzeichnet von einem ungeordneten Nebeneinander disparater baulicher Nutzungen. Die einzelnen Flächen sind unzureichend erschlossen und liegen teilweise im Außenbereich. Die Stadt Oberursel beabsichtigt daher zur Verbesserung dieser Situation städtebauliche Maßnahmen durchzuführen. Zu diesem Zweck hat die Stadt 1997 die Durchführung eines Bebauungsplanverfahrens beschlossen. In diesem Bebauungsplanverfahren soll ein neuer Ortseingang planungsrechtlich gesichert werden. Teil dieser Planung ist ein bereits planungsrechtlich gesicherter neuer Straßenanschluss an das Gewerbegebiet „Drei Hasen“. Der Erwerb weiterer Flächen ist beabsichtigt und für die Durchführung der Gesamtplanung unumgänglich.